

Neues aus Niedersachsen - Unser Newsletter aus Hannover für die Region



CDU
Fraktion
Niedersachsen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde, in wenigen Tagen feiern wir im Kreise von Freunden und Familie das Weihnachtsfest und vergessen alle Sorgen der vergangenen Wochen und Monate, die uns dieses Jahr bereitet hat. Wenige Tage später endet ein Jahr, das Vieles infrage gestellt und erneut feste Paradigmen aufgebrochen hat. Hinter uns liegen aber auch viele positive Ereignisse und Momente, an die wir uns zum Jahresende gerne zurückerinnern. Viele Besuche, Gespräche und Begegnungen im Wahlkreis zeigen uns jede Woche, dass wir ein großes Privileg haben, unsere Region, den Landkreis Diepholz im Niedersächsischen Landtag vertreten zu dürfen.

Am Ende eines jeden Jahres ist es guter Brauch und unsere Überzeugung, dass wir uns bei denen bedanken wollen, die uns in den zurückliegenden 12 Monaten und in unserer täglichen Arbeit unterstützt haben. Wir sagen daher allen herzlich Danke, die an uns gedacht oder unsere Arbeit für die Region mit Anliegen, Fragen oder Ideen bereichert haben.

Wir wünschen Ihnen und Euch frohe und besinnliche Festtage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und für 2024 Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

Herzliche Grüße



Landeshaushalt ist unsolide und ein einziges Täuschungsmanöver

„Der rot-grüne Haushalt 2024 offenbart erneut, dass die Landesregierung nur das Schaufenster dekoriert, aber keine Ware in der Ladentheke hat. Statt die notwendigen

Zukunftsinvestitionen des Landes in die Häfen, die Landesstraßen, den Breitbandausbau, die Ganztagschulen, die Ausbildung von zusätzlichen Erziehern und Ärzten sowie die Bekämpfung der Clan-Kriminalität zu tätigen, lässt sie die Steuermehreinnahmen des Landes in ihren Bunkern, aus denen sie dann im kommenden Landtagswahlkampf Wohltaten verteilen will“, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und hauspolitische Sprecher Ulf Thiele zur Haushaltsdebatte des Niedersächsischen Landtages.

Das Täuschungsmanöver des Nachtragshaushaltes 2023 wiederhole sich, sagen auch Volker Meyer und Marcel Scharrelmann nach den Beratungen für das Jahr 2024. Weite Teile der Hilfen aus dem Sofortprogramm in der Energiekrise seien bei den Menschen und Betrieben nie angekommen. „Viele Förderprogramme sind kaum abgeflossen. Eine solche Förderpolitik ist ein Armutszeugnis für Niedersachsen“, erklärt Marcel Scharrelmann.

Trotz einer Rücklage und ungenutzten Sondervermögen in Milliardenhöhe versuche Rot-Grün alles, um die Schuldenbremse aus ideologischen Gründen zu schleifen. Sie begründe das mit notwendigen zusätzlichen Investitionen, obwohl diese aus den Reserven des Landes eigentlich finanzierbar



sein. „Die Schuldenbremse hat in Niedersachsen nicht umsonst Verfassungsrang. Die Landesregierung muss jetzt Lösungen zur Einhaltung und keine Umwege um die Schuldenbremse herum suchen“, so Volker Meyer. Dauerhaft müsse der Staat gezielt einsparen und nicht immer weiter draufsatteln. Die CDU wolle daher die Rücknahme neuer Stellen und die Auflösung des Europaministeriums. Europa sei zu wichtig, und müsse daher wieder direkt Chefsache in der Staatskanzlei werden.

Mit Blick auf die unterbrochenen Haushaltsberatungen der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP schlägt die CDU eine Notfallreserve in Höhe von einer Milliarde Euro vor, um Vorsorge gegen Ausfälle von Zahlungen des Bundes im Landeshaushalt und von Förderungen des Bundes für wichtige Zukunftsinvestitionen zu treffen. „Die Landesregierung fordert den Landtag auf, einen Haushalt zu beschließen, der wichtigen Zukunftsinvestitionen nicht sicher finanzieren kann und erheblichen Unsicherheiten unterliegt. Mit unserem Haushaltsantrag haben wir einen konstruktiven, sicheren Vorschlag gemacht und reichen der Landesregierung die Hand, für die Zukunft unseres Landes. Denn mit einer soliden Haushaltspolitik ist ein besseres Niedersachsen machbar“, so Thiele.

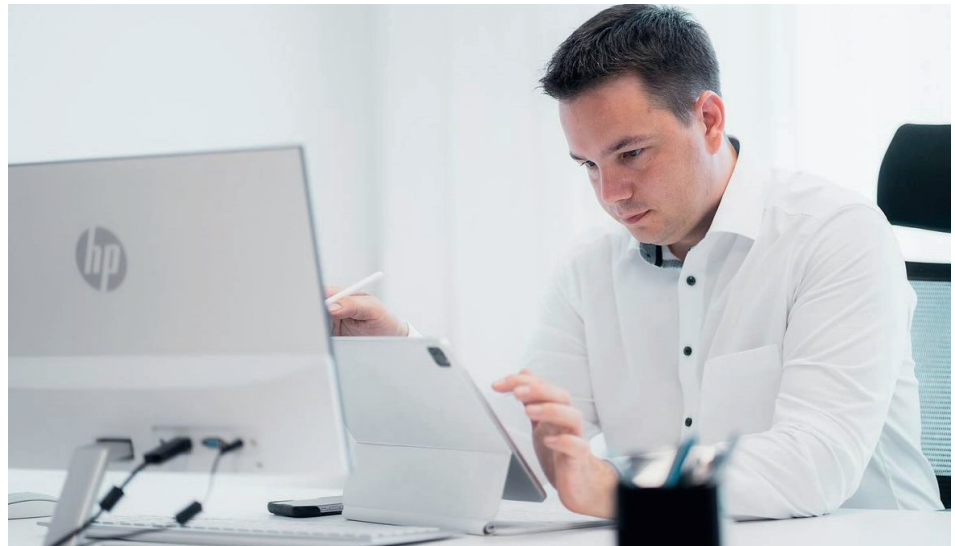


Was uns umtreibt!

Einfamilienhaus darf nicht zum Luxusgut werden

Eine Sorge treibt viele junge Erwachsene in diesen Monaten besonders um: Können wir uns überhaupt noch ein Eigenheim leisten? Steigende Zinsen, hohe Baukosten und stetig steigende Bürokratien nehmen den Hausbauern den Mut ins Risiko zu gehen und zu Bauherren zu werden.

„Es wird endlich Zeit für ein klares Zeichen aus dem Bund und aus dem Land, dass der Traum vom Eigenheim bestehen kann“, fordert Marcel Scharrelmann MdL. „Durch die Reduzierung von Bauauflagen, die Halbierung der Grunderwerbssteuer für Erstimmobilien mit einer Höchstgrenze von 10.000€ und schlankeren Baugenehmigungsverfahren kann die Attraktivität des Bauens wieder erhöht werden.“ Konkret setzen wir uns als CDU-Fraktion mit einem eigenen Erschließungsantrag für ein Bündel an Forderungen ein, mit denen den drängenden Heraus-



forderungen des Wohnungsmarktes begegnet werden kann. Die Einführung des Gebäudetyps „E für Einfach“ mit neuen Planungsfreiheiten soll ebenso Wirkung entfalten, wie eine Bundesratsinitiative zur Senkung energetischer Anforderungen in KfW-Förderprogrammen.

„Wir müssen an allen Schrauben drehen, um den Traum vieler junger Erwachsener am Leben zu halten. Eine eigene Immobilie ist kein Luxus-

gut, sondern eine gute Altersvorsorge und eine Bereicherung für das gesellschaftliche Leben unserer Ortschaften. Die Antwort der Landesregierung mit der Einrichtung einer Landeswohnungskaufgesellschaft ist daher nur eine Nebenkerze. 1.600 Wohnungen für über 950 Gemeinden sind ein Tropfen auf dem heißen Stein und gehen an der Lebenswirklichkeit vorbei“, erklärt Marcel Scharrelmann abschließend.

Landtagsabgeordneter im Austausch mit Unternehmensvertretern

Die Ortskernentwicklung in Brinkum nimmt Fahrt auf: Gemeinsam wollen die Gemeinde und die Specht Gruppe einen attraktiven Ortskern für Brinkum und ganz Stuhr entstehen lassen. Zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Finn Kortkamp und seiner Stellvertreterin Sigrid Rother informierte sich der örtliche Landtagsabgeordnete Volker Meyer über dieses wichtige Projekt in seinem Wahlkreis. Rolf Specht als geschäftsführender Gesellschafter stellte die vom Büro Hilmes Lambrecht entworfene Architektur und die geplante Mischung aus Wohnen, Dienstleistungen und Gewerbe vor. Meyer zeigte sich sehr beeindruckt von dem Vorhaben und freut sich, dass ein lebendiger Treffpunkt für die Bürgerinnen und Bürger entsteht. Im

Anschluss ergab sich noch ein Austausch über die aktuelle Situation des Unternehmens, da die Specht Gruppe

nun wieder begonnen hat, Pflegeheime in eigener Hand zu führen.



V. li.: Finn Kortkamp und Sigrid Rother von der CDU Stuhr, Rolf Specht, Geschäftsführender Gesellschafter der Specht-Gruppe, Landtagsabgeordneter Volker Meyer und Unternehmenssprecherin Frauke Meyenberg.



Bericht aus dem Landtag

Lechner: Die Haushaltseinigung in Berlin geht voll auf Kosten der privaten Haushalte und Unternehmen in Niedersachsen

„Die Ampel in Berlin feiert etwas, was kein Grund zum Feiern ist. Sie selbst hat das ganze Land in ein Chaos gestürzt. Und der Reparaturbetrieb richtet gerade in Niedersachsen großen Schaden an. Steuer- und Abgabenerhöhungen treffen die privaten Haushalte und Unternehmen in einer schweren Wirtschaftskrise. Die höhere Steuer auf Agrardiesel ist ein schwerer Schlag für unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe. Außerdem ist das vorzeitige

Aus der Förderung der E-Mobilität ein direkter Angriff auf Volkswagen. Die Kürzung der Förderung für den Aufbau von Solarfabriken gefährdet wichtige Ansiedlungsvorhaben in Niedersachsen. Der Ministerpräsident muss jetzt knallhart niedersächsische Interessen in Berlin vertreten, damit das Haushaltschaos keinen großen Schaden in unserem Land anrichten kann. Bisher hat die Bundesregierung auf Niedersachsen leider keine Rücksicht genommen.“



Die PISA-Ergebnisse haben die alarmierende Verfassung der deutschen Bildungslandschaft schonungslos offengelegt. Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Fühner, warnt davor, die Probleme in der Bildungspolitik zu vernachlässigen. Er fordert Kultusministerin Hamburg auf, die Notbremse zu ziehen und grundlegende Veränderungen anzugehen. „Verabschieden Sie sich von ihren Experimenten. Schreiben nach Gehör und andere grüne Ideen sind in der Vergangenheit schon gescheitert und auch Ihre neuen Ideen sind keine Lösung. Bildung hat immer etwas mit der Förderung der eigenen

Fühner: Das PISA-Desaster ernst nehmen – unsere Kinder vor rot-grünen Bildungsexperimenten schützen

Leistung zu tun. Jedes Kind hat andere Stärken und Schwächen, und ist anders veranlagt. Das zeigt PISA deutlich“, so Fühner.

Weiter unterstreicht Fühner die Bedeutung von gutem Unterricht und verweist auf PISA-Hinweise, wonach Unterstützung und Hilfestellung zu besseren Ergebnissen führen. Er fordert die Kultusministerin auf, sich verstärkt für gut strukturierten Unterricht einzusetzen, der auf die Verbesserung von Leistungen und Kompetenzen abzielt. Insbesondere sollten Grundkompetenzen mehr Raum erhalten, begleitet von einer flächendeckenden Diagnostik und individuellen Förderungskonzepten, vor allem in der Grundschule.

Fühner macht auf die prekäre Lage in einigen Grundschulen in Niedersachsen aufmerksam und betont die Dringlichkeit einer besseren Betreuung, insbe-

sondere durch die Lehrkräfte.

Außerdem kommt in Niedersachsen die Sprachförderung zu kurz. Fühner unterstreicht die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen und fordert verpflichtende Kitabesuche für alle fünfjährigen Kinder mit eingeschränkten Deutschkenntnissen. Er schlägt vor, Sprachtests durchzuführen und bei Bedarf intensive Sprachförderungen zu gewährleisten.

„Arbeiten wir die Ergebnisse gemeinsam auf und ändern wir in Niedersachsen etwas. Bauen wir ein niedersächsisches Bildungssystem auf, das den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht wird und mit dem wir im internationalen Vergleich aufholen können. Die Zukunft unseres Landes hängt davon ab, ob wir genau das schaffen werden“, so Fühner abschließend.



Bericht aus dem Landtag

Schmädeke: Rot-Grün muss beim Wolfsmanagement endlich den Turbo zünden

„Wir brauchen endlich einen nachhaltigen Plan für den Umgang mit der steigenden Wolfspopulation in Niedersachsen. Umweltminister Meyer muss umgehend dafür Sorge tragen, dass in Berlin auf Grundlage der aktuellen Zahlen aus dem Niedersächsischen Wolfsmonitoring endlich der günstige Erhaltungszustand festgestellt und an die EU gemeldet wird“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete und Mitglied sowohl im Umwelt- als auch im Agrarausschuss Frank Schmädeke. In seiner Rede erinnerte Schmädeke an die vielversprechenden Nachrichten aus Brüssel im September, als die EU-Kommission ankündigte, den strengen

Schutzstatus des Wolfs zu überdenken. Auch die deutschen Umweltministerinnen und -minister zeigten damals Bereitschaft zu schnelleren Abschlussgenehmigungen für Problemwölfe. Doch seitdem sei wenig geschehen. Der CDU-Politiker betont die Notwendigkeit von Taten und Ergebnissen, anstelle von leeren Versprechen und falschen Hoffnungen. Denn schließlich sterben aktuell allein in Niedersachsen jeden Tag im Schnitt drei Weidetiere durch Wolfsangriffe. Der Wolf ist ein zu managendes Wildtier, darum wurde der Wolf bereits in der letzten Legislaturperiode auf Initiative der CDU vorsorglich ins niedersächsische Jagdrecht über-



führt. Schmädeke kritisiert die bisherige Untätigkeit der Landesregierung und bezeichnet sie als „Skandal“. Er rief dazu auf, die Situation nicht weiter zu verschleppen und Lösungen zu finden, um Nutztiere und die ländliche Kulturlandschaft effektiv zu schützen.



„Als die Afrikanische Schweinepest (ASP) im Sommer 2022 im Emsland ausbrach, geschah dies Worst-Case-Szenario in einer der mit Schweinen am dichtesten besiedelten Region Niedersachsens und brachte eine ganze Reihe von Problemstellungen ans Licht, für die es für den nächsten Seuchefall vorzubeugen gilt“ so der Abgeordnete Hartmut Moorkamp in der Debatte zur ASP und deren Folgen. Für die CDU-Fraktion gelte, dass sich die Probleme, die der erste Ausbruch der ASP im Emsland aufgezeigt hat, sich auf gar keinen Fall wiederholen

Moorkamp: Lehren aus ASP-Ausbruch ziehen und Landwirte unterstützen

dürften. Darauf ziele auch der heute abschließend beratene Antrag „Die notwendigen Lehren aus dem Seuchengeschehen im Emsland ziehen“ der Fraktion ab.

„Trotz Anpassung der EU-Vorgaben sind wir der Meinung, dass es dringend weiterer Maßnahmen bedarf. Niedersachsen benötigt ein angepasstes Krisenmanagement, das stärker zwischen einem ASP-Ausbruch im Wildschweinbestand und einem Ausbruch in einem Hausschweinbestand unterscheidet“, so Moorkamp.

Es müssten weiterhin ein Interventionsschlachthof und verbindliche vertragliche Absprachen mit der Privatwirtschaft getroffen werden, die bei einem erneuten Seuchengeschehen sicherstellen, dass die gesunden Tiere

aus den Überwachungszonen zeitnah abgenommen und vermarktet werden können.

„Aber vorrangig bedarf es eines Entschädigungsfonds, der das finanzielle Risiko der Betriebe absichert, die keinen Ausbruch in ihrem Bestand zu verzeichnen haben und daher keine Entschädigung von der Tierseuchenkasse erhalten und völlig unverschuldet in eine finanziell ruinöse Situation geraten sind“ so der Abgeordnete. Rot-Grün lässt unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe weiterhin im Regen stehen und bringt einen unzureichenden Änderungsantrag ein, statt zu handeln und unserer Initiative für unsere Landwirte zuzustimmen“, so Moorkamp.



Unser Monat in Bildern

JHV CDU Weyhe



Mitgliederversammlung Junge Union



AgriTechnica



Bassum: Bildungsinitiative



Förderbescheid für Sulingen



Landfrauen im Landtag



CDU Schwaförden
im Landtag



JHV Twistringen



Gänseessen MIT



MdL's zu Gast bei WestWind

